

Pressemitteilung

Gegen Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellen Missbrauch: Bewährtes Beratungsangebot des Kinderschutzbundes in Mülheim bricht ersatzlos weg

Mülheim an der Ruhr, 10. Juni 2020

Der Kinderschutzbund (DKSB) in Mülheim muss zum 30. Juni seine Beratungsstelle gegen Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellen Missbrauch von Kindern aus wirtschaftlichen Gründen schließen. „Wir haben bereits vor einem Jahr auf die Unterfinanzierung hingewiesen, aber weder durch das Land noch durch die Kommune effektive Unterstützung bekommen“, erklärt Melanie Oechler, Vorsitzende des DKSB Ortsverbandes Mülheim. „Unser großer Eigenanteil wird in erster Linie aus Spenden finanziert. Für uns als gemeinnütziger Verein ist es eine immense Anstrengung, auf dieser Basis die Finanzierung der Beratungsstelle alljährlich sicherzustellen.“ Land und Kommune übernehmen zusammen nur knapp die Hälfte der Kosten der Beratungsstelle.

„Missbrauchsfälle wie in Lügde oder aktuell in Münster erschüttern NRW. Und in Mülheim wird sehenden Auges hingenommen, dass die primäre Anlaufstelle für Kinder unter 14 Jahren wegbriecht,“ kritisiert Mauno Gerritzen, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Mülheim. Die Bevölkerung soll genauer hinschauen, wird dieser Tage gefordert – Beratungsstellen sind für besorgte Nachbarn und Angehörige eine weitaus niedrigschwelligere Anlaufstelle als das Jugendamt. Auch in Mülheim nehmen die Meldungen möglicher Kindeswohlgefährdungen seit Jahren kontinuierlich zu, wie der aktuelle Bericht des Kommunalen Sozialen Dienstes zeigt. In 246 Fällen stellte das Jugendamt 2019 eine latente oder akute Kindeswohlgefährdung fest; auch dieser Wert ist gestiegen. Kurz gesagt: Immer mehr Kinder in Mülheim erleben Gewalt. „Es ist mir unbegreiflich, dass der öffentliche Träger vor diesem Hintergrund keine Lösung finden konnte, um das bewährte Beratungsangebot des Kinderschutzbundes zu erhalten“, so Gerritzen. „Gerade in Zeiten von Homeschooling und Kurzarbeit ist die Lage in vielen Familien mehr als angespannt.“

Auch die Beratung für Lehrer*innen und Erzieher*innen in Verdachtsfällen gehörte bislang zum Tagesgeschäft der Beratungsstelle des Kinderschutzbundes – ab Juli bricht dies ebenfalls ersatzlos weg. Der Landesverband des Kinderschutzbundes kennt die wirtschaftlichen Nöte der Fachberatungen aus zahlreichen Städten Nordrhein-Westfalens. „So wie in Mülheim sind landesweit viele spezialisierte Beratungsstellen unterfinanziert“, sagt Landesgeschäftsführerin Krista Körbes. Seit den 1990er Jahren habe es keine Anpassung der Fördergelder des Landes gegeben. Gerade im Hinblick auf die Präventionsbemühungen des Landes im Bereich sexualisierter Gewalt müsse bei der Finanzierung der Fachberatungsstellen dringend nachjustiert werden.

Auch die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege beschäftigt sich mit der Finanzierung der Fachberatungsstellen in NRW. „Die Notwendigkeit, einen Eigenanteil in oft nicht unerheblichem Maße erwirtschaften zu müssen, bindet einen Teil der vorhandenen Ressourcen, die besser in die Beratung und Konzeptentwicklung einfließen sollten“, heißt es in einer Stellungnahme vom Mai 2020 – und weiter: „Eine gesicherte Finanzierung und die Ausweitung der Aufgaben sollten vorrangige Ziele auf der politischen Agenda sein.“

Rückfragen richten Sie bitte an:

Dr. Melanie Oechler
Vorsitzende
Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Mülheim
Tel.: 0178 8119521
E-Mail: Oechler@kinderschutzbund-mh.de

Nicole Vergin
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V.
Tel.: 0157 714 77 348
E-Mail: n.vergin@dksb-nrw.de

Mauno Gerritzen
Geschäftsführer
Der Paritätische Mülheim
Mobil: 0172 26 76 422
E-Mail: mauno.gerritzen@paritaet-nrw.org

Hintergrundinformation:

Direkt zur Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege geht es hier: www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/positionen/ansicht/detail/news/detail/News/stellungnahme-zum-kinderschutz-in-nrw-und-seinen-kommunen/